

Die Dokumente sind in München

Zweite Donaubrücke: Stadt Neuburg übergibt Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren an Regierung von Oberbayern

Von Christian Tamm

Neuburg – Kaum ein Vorhaben in Neuburg ist heuer derart viel debattiert worden wie die geplante zweite Donauquerung samt der Osttangente. Nun hat die Stadt die für das Planfeststellungsverfahren benötigten Unterlagen – in insgesamt 42 Aktenordnern gebündelt – an die Regierung von Oberbayern übergeben.

Wie die Stadt Neuburg am Mittwoch mitgeteilt hat, habe der interne Planungsstab, bestehend aus Rechtsdirektor Ralf Rick, Juristin Anett Schneider und Bauingenieur Florian Schmid, die Akten nach München gebracht. Bernhard Mahler, der Sprecher der Kreisstadt, teilte weiterhin mit, die Unterlagen lägen voraussichtlich im Januar 2023 in den betroffenen Nachbarkommunen Neuburgs und in der Stadt selbst öffentlich aus.

Das Planfeststellungsverfahren kann bis zu rund zwei Jahre in Anspruch nehmen. Für Neuburgs Oberbürgermeister Bernhard Gmehling (CSU) beinahe so etwas wie Folter, wie er im Gespräch mit unserer Zeitung schmunzelnd bestätigte. Gmehling ist ein klarer Befürworter des Projekts. Er betont, dass man bemüht sei, das Ganze gegebenenfalls auch schneller durchzubekommen. „Es gibt natürlich nicht nur unser Verfahren. Wenn es wenige Nachfragen gibt und die Unterlagen in Ordnung sind – wovon wir ausgehen –, dann kann es



Nun ist die Regierung von Oberbayern am Zug: Eine Delegation hat die Unterlagen zum Brückenbau eingereicht. Das Foto zeigt Rechtsdirektor Ralf Rick (von links), OB Bernhard Gmehling, Juristin Anett Schneider und Bauingenieur Florian Schmid. Foto: Stadt Neuburg

aber auch schneller gehen“, so das Stadtoberhaupt. Noch könne es natürlich keine Tendenz aus München geben. Mit Konrad Schober, Regierungspräsident von Oberbayern, sei aber vereinbart, dass die Stadt im Februar 2023 nähere Meldungen zum Stand bekomme.

Damit die Unterlagen überhaupt nach München gehen konnten, brauchte es den entsprechenden Entscheid des Stadtrats. Dieser erging am 22. November (*wir berichteten*). In der Sitzung ging es phasenweise hoch her. Einige frühere Befürworter des Projekts wende-

ten sich angesichts der präsentierten Kosten von schätzungsweise 84,5 Millionen Euro und einer Brückenlänge von knapp 680 Metern öffentlich ab. Am Ende stand ein Votum von 19 zu 11 für das Planfeststellungsverfahren. OB Gmehling machte da bereits deutlich, auf einen

positiven Entscheid und somit auf Baurecht zu hoffen.

Am Mittwoch lässt sich der Oberbürgermeister wie folgt zitieren: „Wir kommen unserem Ziel, der Entlastung der Innenstadt, der Stau- und Umweltbelastungsreduzierung, ein gutes Stück näher.“

Eben das bezweifeln einige Kritiker des Vorhabens. Die geplante Trasse werde die oft belasteten Verkehrsachsen in der Innenstadt – etwa die Ingolstädter Straße oder die Luitpoldstraße – nicht in dem Maße beruhigen, wie es die Gutachten sagen. Andere fürchten zudem eine finanzielle Überlastung des Stadtsäckels. Stadtrat Gerhard Schoder (Grüne) erklärte in der fraglichen Stadtratsitzung recht lebhaft, man müsse doch absteigen, wenn das Pferd tot ist.

Gmehling wird indes nicht müde, zu betonen, dass es sich noch nicht um eine Projektentscheidung gehandelt habe. In der Tat ist diese erst dann möglich, wenn die Regierung von Oberbayern grünes Licht gegeben hat. Und dann muss der Stadtrat Neuburg einen abschließenden Beschluss für die Realisierung des Projektes fassen. Wann das sein wird, steht noch in den Sternen.

Und noch eine Kleinigkeit am Rande: Wie erwähnt, sind es am Ende 42 Aktenordner voller Dokumente geworden. Die Stadt erklärt warum: „Die Menge an Unterlagen kommt deshalb zustande, weil es die Papiere laut den rechtlichen Vorgaben in siebenfacher Ausfertigung braucht.“ Alle Daten und Schriftstücke lägen jedoch auch in digitaler Form vor. Diese würden „demnächst“ auf der Homepage der Regierung von Oberbayern bereitgestellt. Der Link werde auf der städtischen Website veröffentlicht. *DK*